

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Aufenthalt Kaiser Wilhelms in Wilhelmshaven anlässlich der Verabsiedlung der Rekruten der Marinefaktion der Nordsee und des auf den 29. Februar angesetzten Stabesaufzugs des Minenfließes "Fregat Bayern", des ersten 18 000 Tonnen-Schiffes unserer Marine, wird mehrere Tage währen.

* Der Bundestag hat die neue Brüsseler Zuckerkonvention und das damit zusammenhängende Sonderabkommen zwischen Deutschland und Russland genehmigt.

* Die Ostseefrage erregt noch immer die Gemüter unserer Nachbarn. Deutschland habe, so wird behauptet, die Frage, ob die Ostsee als geschlossenes Meer anzusehen sei, angeregt, um in Friedenszeiten die Ostsee in ein deutsches Meer zu verwandeln, im Falle eines Krieges aber eine Belästigung der Ostseeflüsse zu verhindern. Die Ostseefrage sei somit ausschließlich deutsches Interesse. Demgegenüber muss, wie dies ja auch schon von amtlicher Stelle geschehen ist, wiederholts auf das bestimmt erklärte werden, dass diese Frage bei den Ostseefragen berichtet, dass die Ostsee nicht erörtert, also auch niemals von deutscher Seite angeregt worden ist. Aus Kopenhagen wird dazu berichtet, dass ein davorragender Diplomat ausdrücklich erklärt habe, alle die Ost- und Nordsee betreffenden Unterhandlungen zwischen den dabei beteiligten Staaten verfolgen, ohne dass damit Grund zum Misstrauen gegeben würde, sowohl britische wie für ganz Europa wichtige Interessen.

* Die braunschweigische Landesversammlung beschloss, im Erwagnung darüber einzutreten, ob und in welcher Weise das Gesetz über die Zusammensetzung der Landesversammlung und das Wahlgesetz einer Änderung bedürfen, und ernannte eine Abgabekomitee, die diese Änderung vorberaten und weitere Vorschläge machen soll.

* Das meinungsvolle Staatsministerium hat im Landtag im Interesse einer stützigen Verständigung die neuen Steuerbefreiungen bis zur nächsten Tagung des Landtages zurückgezogen.

* In der hessischen Zweiten Kammer erklärte bei der Beratung der Reform des Schulwesens der Minister des Innern, den Winkels, Privatschulen zu verbieten und in diesem Sinne die allgemeine Volkschule zu einer zwangswise zu machen, lehne die Regierung ab.

Frankreich.

* Wie jetzt halbamtlich aus Paris gemeldet wird, soll der ehemalige Minister des Äußern, Delcassé, der ein besonderer Gunstling des Königs Ludwigs VII. und ein Deutschenfeind ist, zum Botschafter in Petersburg ernannt werden.

* Die Deputiertenkammer genehmigte die beiden im August und Dezember v. in Brüssel unterzeichneten Zuckerkonventionen.

* Nachdem die Bank von England den Diskont von 5 auf 4 Prozent und die Deutsche Reichsbank von 7½ auf 6½ Prozent erhöht hat, ist nun die Bank von Frankreich diesen Beispiel gefolgt. Sie hat den Diskont von 3½, auf 3 Prozent herabgesetzt. Es scheint also, als ob die heurige Zeit der wirtschaftlichen Krise überwunden ist.

England.

* Trotzdem in England keine Neigung ist die allgemeine Dienstpflicht bestehet, hat der Kriegsminister Haldane immer noch nicht ganz diesen Gedanken ausgegeben. Er lehnt zu seiner Unterstützung in einer Rede eine Bemerkung an, die Kaiser Wilhelm zu ihm bei seinem Besuch in Berlin machte. Der Kaiser sagte, er hätte die englischen freiwilligen Heereskräfte gesehen und wunderte sich, warum man keinen ausgiebigeren Einsatz davor mache. Haldane habe oft über diese Worte nachgedacht, und nun sei die Zeit

gekommen, den Versuch in weiterem Umfang anzustellen.

Spanien.

* Über Spaniens Stellung zu den jüngsten Vorgängen in Marokko äußerte sich, nach einer Meldung aus Madrid, der Minister des Äußern, die Proklamation Muley Hafids sei für Spanien nicht verbindlich. Die spanischen Konsuln hätten Befehl erhalten, Abstand zu ziehen als alleinigen Herrscher anzuerkennen.

Portugal.

* Aus Lissabon wird berichtet, dass im ganzen Lande wieder vollkommenes Ruhe herrsche. Ganz wurde in der Hauptstadt eine bedeutende Revolverniederlage und eine Dynamitfabrik in einer vornehmen Straße entdeckt, aber man ist deshalb nicht besonders besorgt, weil man in Regierungskreisen glaubt, dass die Anarchisten, die immer mehr aus dem Lande gedrängt werden, alles versuchen, um ihre Niederlage zu verborgen. Die Regierung lädt jeden verhalten, der ohne Gewaltsamkeit im Besitz irgendwelcher Waffen treten wird.

Russland.

* Aus Petersburg kommt die Aussicht erregende Nachricht, dass General Kuropatkin mit seinem ganzen Staabe nach den im Südselbstprotektoren festgestellten Tatsachen gleichfalls dem Militärgericht übergeben werden wird. Er habe im Südselbstprotektoren willentlich falsche Aussagen gemacht, die in geradem Widerspruch mit seinen Verschüssen an den Baron stehen.

* Es wird immer klarer, dass das Dasein der dritten Duma von ihrer Stellungnahme zu den ungeheuren Marineplänen der Regierung abhängt, die insgesamt für Flottenzwecke 2 Milliarden Rubel fordert. Der Führer der Oktobrakten, Graf Uvarow, erklärte, man habe der Duma einen Wink gegeben, falls die Marineforderungen abgelehnt würden, werde die Duma aufgelöst werden. Trotzdem ist die Mehrheit der Duma gegen die Marinepläne.

Amerika.

* Präsident Roosevelt riefte an den Kongress eine Sonderbotschaft, das deutsch-amerikanische Handelsabkommen beireihen. Die Botschaft erlässt um beschleunigte Erledigung der Beratung des Abkommen im Kongress. Das Abkommen ist auf ein Jahr abgeschlossen. Der deutsche Reichstag hat es bereits genehmigt, der amerikanische Bundesrat aber, der alle Verträge bestätigen muss, noch nicht. Es bleibt aber bis zum 1. Juli d. auf Grund einer Verlängerung des Präsidenten in Kraft, wozu dieser verfassungsgemäß berechtigt ist. Lebt der Senat es ab, so scheint ein Krieg zwischen Deutschland und den Ver. Staaten unvermeidlich.

* Zu den bisherigen vier Standorten für die bevorstehende Präsidentenwahl in den Ver. Staaten hat sich noch ein neuer gesellt. Wie aus Washington gemeldet wird, beweist sich nun auch der frühere Schatzmeister Shaw um die Wahl zum Präsidenten.

Afrika.

* Gegenüber den immer erneuten Verlufen Frankreichs, die Vorgänge im Innern Marokkos als unweislich hinaustellen, weisen die neuesten Meldungen aus Tanger mit dessonderem Nachdruck darauf hin, dass die Lage überaus ernst sei. — Die Anhänger Kalifus, die bisher in Fez gefangen gehalten waren, sind in Freiheit gesetzt und unterwegs zu ihrer Oberhaupt. Infolgedessen erwartet man jetzt bestimmt, dass Kalif in allerndlicher Zeit den Städte MacLean freilässt. Falls Kalif, wie er schon vor einigen Wochen gedroht hat, sich aus Seite Mules Hafids schlägt, würde die Lage in Frankreich noch bedrohlicher.

Asien.

* Die Errichtung einer russisch-japanischen Bant in der Mandchurie, woran sich Japan mit 15 Millionen beteiligt, ist nunmehr beschlossene Sache, doch sind die näheren Einzelheiten noch nicht festgestellt.

Sie handelt eben noch so leicht wie an jenem Morgen nach dem Ball in M., wo sie vor Brandhorst gestanden, und so wenig wie sie damals ihrem Schicksal entging, so wenig würde sie es heute können.

Martha schaute Augen beobachteten Resla. Als jene sich abwendete, dass Resla die Richtung nach dem Grenzhaus eingeschlagen, rief sie auch ihren Bruder herbei.

Bleich, mit vor Wut verzerrtem Amtz stand Brandhorst neben seiner Schwester auf der kleinen Anhöhe im Park und starre der schlanken weißen Gestalt nach, wie sie lächelnd den schmalen Wiesenweg am plätschernden Gebregbach dahinglitt, dem Grenzhaus zu.

"Wie habe ich sie geliebt!" röhnte er auf, "wie liebe ich sie noch!"

Martha lachte höhnisch und sagte: "Das verwarfene Geschöpf, das sich nicht scheut, am hellen Tages den Gesichtern anzutun, das meinst du noch zu leben?"

"Dieser Schurke, dieser Heuchler, dieser Verführer," rief Brandhorst in höchster Wut. Den Zweikampf verzögerte er mir. Natürlich ist er seiner Sache sicher, aber er soll es büßen!"

"Und Resla?" fragte Martha und sah den Bruder lauernd an.

"O, sie wird Bernhard annehmen, ich werde ihre Mutter kommen lassen. Wer weiß, was der Kleine für Verherrlichungen anstreben hat, sie so weit zu bringen. Er ist jung, lächlich, und war ihre erste Liebe, und sie ist ein halbes Kind noch, so weinlebhaft."

"Nimm sie nur noch in Schub, entschuldige sie! Das aber sage ich dir, ich bleibe nicht

Hus dem Reichstage.

Der Reichstag überwies am Donnerstag zunächst das Schiedesrecht nach kurzer Debatte einer Kommission von 14 Mitgliedern. Die dritte Lesung der Majestätsbeleidigungsnovelle ging recht vorüber. Abg. Eysing (Frei. So.) nahm kurz Beantwortung, die Schließung des Ab. Heine (Soz.) über den Königsberger Majestätsbeleidigungsworthe richtig zu stellen und die Königsberger Richter gegen die schweren Vorwürfe Heines in Schutz zu nehmen. Dann wurde das Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Längere Debatten rief die zweite Lesung des Entwurfs her. Abänderung des § 883 (Gesetz des Tierhaltes) davor. Es kam dabei zu starken Auseinandersetzungen zwischen den Konservalen und den Sozialdemokraten, die behauptet hatten, die Vorlage trage einen rein agrarischen Charakter. Der Entwurf wurde schließlich ebenfalls an eine Kommission verwiesen.

Am 24. d. steht zunächst auf der Tagesordnung das Zusatzabkommen zur Brüsseler Zuckerkonvention, das Protokoll über den Beitritt Russlands zum Zuckervertrag und das Abkommen über den Zuckervertrag zwischen Deutschland und Russland. — Ein Antrag des Abg. Grafen v. Schwerin-Löwitz (kons.) auf Herabsetzung der Zuckertaxe auf 10 M. wird mit zur Debatte gestellt.

Staatssekretär Erhardt v. Sienkiewicz empfiehlt die Vorlage zur möglichst baldigen Annahme, damit die Inkraftsetzung deselben noch zum 1. Februar ermöglicht werde. Am Schlusse seiner Ausführungen gibt der Staatssekretär eine Resolutionserklärung ab, in der für eines der nächsten Jahre ein Gesetzentwurf zur Erhöhung der Zuckertaxe von 14 auf 10 M. v. Döbeln-Zettner in Aussicht gestellt wird, sofern zwischen Bunde und Reichstag eine Vereinbarung über einen ausreichenden Ertrag für den dadurch zu erwartenden finanziellen Ausfall erreicht werde. Für den Augenblick sei eine solche Maßnahme aus „bekannten Gründen“ nicht möglich.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (kons.) stellt und bearbeitet seinen Antrag, die Zuckertaxe auf 10 M. von 100 Kilogramm Steingewicht festzulegen. Sollte daran der Rekettvertrag des Zuckertaxen in den Eisennahjahren 1909, 1910, 1911 den Betrag von 140 Mill. auf Döbeln-Zettner in Aussicht gestellt werden, so ist der Reichskanzler bereit, zur Deckung des jeweiligen Zuckertaxes eine Anteile aufzunehmen. Sobald die Einnahmen aus der Zuckertaxe den Betrag von 140 Mill. M. übersteigt, ist der Rekettvertrag zunächst zur Tilgung dieser Anteile zu verwenden. Wir sind bereit, an eine umfassende Reform unserer Verbrauchsabgaben heranzutreten und an Stelle des Zuckers andre Kurzartikel härter zu belasten. Die Lage der Zuckerkonkurrenz ist sehr ernst, viele Fabriken werden die nächste Kampagne nicht mehr mitspielen. Wir könnten daher der Vorlage nur zustimmen, wenn die verhinderten Regierungen vorher unser Antrage auf Herabsetzung der Zuckertaxe beitreten. Zur gründlichen Vorberatung beantragen wir die Beratung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Wiemer (tri. So.) kontrariert mit Bezugnahme, dass die Aufzehrung der Liberalen bezüglich der Entwicklung des letzten Jahre vollständig bestätigt worden sei. Die Brüsseler Konvention hat durchaus günstige Folgen gebracht. Die Verhältnisse auf dem Zuckermärkte haben sich erheblich gebessert. Von Kartellbildungen sind wir nicht nur nicht Freunde, sondern sogar Gegner. Die Herabsetzung der Zuckertaxe würde einen großen finanziellen Ausfall bedeuten, wenngleich ist die Überzeugung wird ein Ausfall begegnet werden. Wir stimmen dem Schatzmeister bei, wenn er genügende Deckung voranlegt für eine Erhöhung der Verbrauchsabgabe. Der Konvention stimmen wir zu, im übrigen behalten wir uns die Stellungnahme für die Kommission vor.

Abg. Baasche (nat.-lib.) will, dass die Aufzehrung der Liberalen bestätigt wird, dass die Entwicklung des letzten Jahre vollständig bestätigt worden sei. Die Brüsseler Konvention hat durchaus günstige Folgen gebracht. Die Verhältnisse auf dem Zuckermärkte haben sich erheblich gebessert. Von Kartellbildungen sind wir nicht nur nicht Freunde, sondern sogar Gegner. Die Herabsetzung der Zuckertaxe würde einen großen finanziellen Ausfall bedeuten, wenngleich ist die Überzeugung wird ein Ausfall begegnet werden. Wir stimmen dem Schatzmeister bei, wenn er genügende Deckung voranlegt für eine Erhöhung der Verbrauchsabgabe. Der Konvention stimmen wir zu, im übrigen behalten wir uns die Stellungnahme für die Kommission vor.

Abg. Baasche (nat.-lib.): Wir haben seinerzeit der Konvention zugestimmt und werden auch der Zulassung belieben. Die Herabsetzung der Steuer wird einen vorübergehenden Ausfall bringen, dieser wird sich jedoch bald ausgleichen. Durch die Zulassung wird Russland in seiner eigenen Entwicklung keinwegs beeinträchtigt.

Abg. Baasche (nat.-lib.): Wir haben seinerzeit der Konvention zugestimmt und werden auch der Zulassung belieben. Die Herabsetzung der Steuer wird einen vorübergehenden Ausfall bringen, dieser wird sich jedoch bald ausgleichen. Durch die Zulassung wird Russland in seiner eigenen Entwicklung keinwegs beeinträchtigt. Das Abkommen mit Russland ist von ganz geringem Nutzen. Bei der vorliegenden Reichsfinanzreform wird man auf die indirekten Steuern zurückgreifen, da muss man dafür sorgen, dass auch für diesen Ausfall Gelegenheit wird durch indirekte Steuern geschaffen werden. Von einem Erhöhung der Zuckertaxe werden die Konsumanten wie auch die Börse Vorteil haben.

Abg. Süderbaum (soz.): Unsre Agrarier sind zu jedem Opfer bereit, wenn sie den Vorteil davon haben. So auch soll die Zuckertaxe erhöht und vom Reich dafür neue Schulden gemacht werden. Dem stimmen wir niemals zu. Man sollte jeder die nötige Deckung voranlegen für eine Erhöhung der Verbrauchsabgabe. Der Konvention stimmen wir zu.

Abg. v. Grabski (pol.): Unser Abgeordneter meint, das Ab-

kommen mit Russland mache den Eindruck, als ob Deutschland Schritt ist Schritt vor Russland zurückgewichen sei. Der Zufall werde seine Freiheit nur zulassen, wenn die Verbrauchsabgabe von 14 auf 10 M. und zwar bis spätestens den 1. April 1909 herabgesetzt werde.

Abg. Goebel (tri. Soz.): Besonders erstaunt ist die Zuckerkonvention für uns nicht. Die meisten Beisetzungen für den Zuckermarkt haben sich sonderbarweise nicht erholt. Sehr wenig wahrscheinlich ist es, dass der Zuckerkonsum sich in dem erwarteten Maße vermehren wird. Die Herabsetzung des Steuer würde für das erste Jahr einen Ausfall von 33,8 Mill. M. bringen. Eine Anleihe ohne Ausfall auf Deckung machen wir nicht mit. So sehr ich eine Herabsetzung des Zuckertaxen wünsche, so sehr muß ich verlangen, dass zunächst anderweitige Einnahmen geschaffen werden.

Abg. Voigt-Hall (wirt. Soz.): Ich befürchte, dass in dieser für Industrie und Landwirtschaft wichtigen Frage erst so kurz vor dem Inkraftsetzungstermin der Reichstag drängt. Darin scheint System zu liegen. Gegen eine derartige Behandlung müssen wir energisch protestieren. Wir sind aus dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht hervorgegangen, wollen trotzdem nicht als Parlament zweiter Klasse behandelt werden. Dem Antrag Schwerin-Löwitz stimmen wir zu.

Staatssekretär Erhardt v. Sienkiewicz empfiehlt die Vorlage zur möglichst baldigen Annahme, damit die Inkraftsetzung deselben noch zum 1. Februar ermöglicht werde. Am Schlusse seiner Ausführungen gibt der Staatssekretär eine Resolutionserklärung ab, in der für eines der nächsten Jahre ein Gesetzentwurf zur Erhöhung der Zuckertaxe von 14 auf 10 M. v. Döbeln-Zettner in Aussicht gestellt wird, sofern zwischen Bunde und Reichstag eine Vereinbarung über einen ausreichenden Ertrag für den dadurch zu erwartenden finanziellen Ausfall erreicht werde. Für den Augenblick sei eine solche Maßnahme aus „bekannten Gründen“ nicht möglich.

Abg. Neumann-Hofer (kons.): Durch Annahme der Konvention werden die Produzenten geschädigt, und für diesen Ausfall muss ein Ausgleich geschaffen werden.

Abg. Neumann-Hofer (kons.): Durch Annahme der Konvention werden die Produzenten geschädigt, und für diesen Ausfall muss ein Ausgleich geschaffen werden.

Abg. v. Dreyer (freikons.): Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Daraus ergibt sich das Haus bis Mittwoch.

Von Nah und fern.

X. Geheimrat Hinzpeter als Wohltäter. Der kürzlich verstorbene Geheimrat Dr. Hinzpeter in Wiesbaden, der frühere Leiter des Staates, bat in seinem Testamente auch das dortige städtische Krankenhaus mit einem stattlichen Betrag von 18 000 Mark mit der Bestimmung, diese Summe zu Zwecken des städtischen Krankenhauses, in dem er seines Zeichens eine so ausgezeichnete Pflege genossen habe, zu verwenden.

X. Eine „Kutter“ Glückwunschkarte aus Steinohle. Eine aus Steinohle gefertigte Glückwunschkarte hat der Kutter Joseph Döbel von der Meophas-Grupe in Obersteinohle an den Kaiser gesandt. Die Karte ist von dem einfachen Manne geschickt und ausführlich und hat die lobende Anerkennung des hohen Abrestaten gefunden. Als Geschenk für die mühsame Arbeit ließ der Kaiser dem Abwender durch das Hofmarschallamt mit seinem Dank eine kostbare goldene Busenmedaille zu-

X. Hinterlistige Tötung eines Försters bei Rahnsdorf. Ein schweres Verbrechen ist in der Nacht zum 23. d. in der Nähe der Rahnsdorfer Mühle bei Berlin verübt worden. Der 55jährige Königliche Förster Schwarzenstein, der sich auf dem Nachhauseweg befand, wurde menschungslos niedergeschossen. Von dem Täter fehlt jede Spur, ebenso wenig ist eine Bezeichnung zur Tat erschlichen.

X. Eine vierstellige Hinrichtung wird demnächst in Bonn stattfinden. Es handelt sich um jene vier kroatischen Raubmorde, die vom dortigen Schwurgericht zum Tode verurteilt und deren Revisionen vor Kurzem vom Reichsgericht verworfen wurden. Für die Aufführung der Guillotine sind dieser Tage im Bonner Gefängnisbereich bereits Abmessen vorgenommen worden. Eine derartige Hinrichtung dürfte in Deutschland bisher nicht vorgesommen sein.

noch nichts geben, worüber man sie hätte zur Rechenschaft ziehen können, fest aber war sie auf dem Wege dazu, dergleichen zu begehen und sich mindestens schwer zu kompromittieren.

Sollte sie umtreten? Da lag es schon vor ihr, das weiße Haus, ein Grenzaußenseiter lehnte in der Haussitze.

Der Herr Oberkontrolleur sind nicht zu Haus! rief er ihr mit einem dreisten Lächeln zu. Er ist nach Bensheim geritten, dort bleibt er bis zum Abend. Die Nacht ist schwarzer Dienst an der Eliasquelle, es sollen dort Schmuggler als Liebespaare verkleidet herumtreten.

Resla war über diese Reden des Mannes unantastbar geworden, sie brachte kein Wort über die Lippen, und ellends wandte sie sich um, den Rückweg anzutreten.

Es war vielleicht gut, dass sie Ablass nicht getroffen, dachte sie auf dem Rückwege. Wer weiß denn, ob er ihren Warnungen und Bitten überhaupt Beachung geschenkt hätte. Er schien ja seit und sicher zu stehen, seine Wege so klar vor Augen zu haben. Das Wiedersehen mit ihr, die er doch einige geliebt, hatte ihn auch in seinen Zielen nicht schwankend gemacht. Mit welcher Ruhe, welch edlem Stoß war er ihrem Manne begegnet. Ihr Mann! Fischtal zog es ihr bei dem Gedanken an ihn ins Herz. O Gott im Himmel, wenn er sie auf diesem verbotenen Wege hier läuft! Es war so leicht möglich, dass er in seinem Angewohn hierher kam. Von der Villa konnte man ja den Weg bis nach dem Grenzhaus verfolgen, und Augen hatte er wie ein Falke.

In goldenen Ketten.